

## Antrag

der Abgeordneten Dr.<sup>in</sup> Helga Krismer-Huber, Mag. Georg Ecker, Mag.<sup>a</sup> Silvia Moser  
betreffend **Nein zum Flächenverbrauch des Logistikzentrums Breitspurbahn**

Das Projekt Breitspurbahn befindet sich derzeit in der Strategischen Prüfung Verkehr. Kürzlich legte die Projektinitiatorin ÖBB Infrastruktur AG den Umweltbericht vor. Zur weiteren Planung muss die Bundesregierung die vorgeschlagene Eisenbahnstrecke durch Verordnung zur Hochleistungsstrecke erklären.

Laut Umweltbericht soll eine Güter-Eisenbahn-Verbindung mit der Spurweite 1.522 mm als Anbindung an das 1.425 mm-Spurnetz zwischen der Staatsgrenze bei Kittsee und einem neu zu errichtenden Güterterminal im Raum Wien entstehen. Dadurch soll der Gütertransport aus Russland sowie Zentral- und Ostasien eine landgebundene Verbindungsstrecke bekommen.

Für den Güter-Terminal zur Umspurung bzw. Umladung der Güter werden fünf Standortvarianten vorgeschlagen. Hier sollen die Güter zu 63% auf Schiene und zu 37% auf Straße weitertransportiert werden. Lagerkapazitäten für 6120 Container sind geplant.

Allein für den Terminal wird eine Fläche von 150 ha verbraucht; noch einmal 150 ha für ein angrenzendes Logistikzentrum. Der Flächenverbrauch für die lineare Infrastruktur Schiene variiert, da die Streckenlänge ja nach Standortwahl unterschiedlich lang ist. In jedem Fall sind aber hochwertige Ackerflächen betroffen, die verloren gehen sowie der Verlust von Lebensräumen für Pflanzen- und Tierwelt. Je nach Standort wirkt sich das Projekt negativ auf ökologisch sensible Gebiete wie zB. Natura 2000- Gebiete, der Alpen-Karpaten-Korridor, Wasserschongebiet Mitterndorfer Senke und HQ 100-Gebiete aus und steht im Konflikt mit anderen Infrastrukturen wie Straße, Schiene oder auch Windkraft und Windkraftzonierung.

Das Projekt bringt unabhängig vom Standort Beeinträchtigungen durch Lärm und Luftschadstoffe in siedlungsnahen Gebieten oder solchen, die zur Erholung oder für touristische Zwecke genutzt werden. Die Berechnungen gehen von einer zusätzlichen Belastung durch LKW- und Beschäftigungsverkehr von 5.900 Fahrzeugen täglich aus.

Güter, die auf einer Breitspurverlängerung aus dem asiatischen Raum transportiert werden sollen, sind Erze, Chemikalien, Maschinen, Fahrzeuge und Konsumgüter. Weder Gefahrgut noch Billigimporte brauchen Österreich und Europa, denn diese verdrängen regionale Qualitätsprodukte. Der Umweltbericht rechtfertigt das Projekt immer wieder mit dem Klimaschutz, obwohl dadurch mit mehr LKW-Verkehr durch Österreich zu rechnen ist, Unmengen an Boden versiegelt wird und sich die Lebensqualität vieler Menschen durch Lärm und Luftschadstoffe verschlechtern wird. Warum also von der Initiatorin des Vorhabens behauptet wird, es würde einen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Europas leisten, ist nicht nachvollziehbar.

In Zeiten, in denen man auf Produkte setzen sollte, die einen möglichst geringen Transportweg aufweisen, Verkehr als einer der größten Verursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen eingedämmt und ressourcenschonend mit Boden umgegangen werden sollte, ist das Projekt Breitspurbahn in derzeitiger Form klimapolitischer Wahnsinn.

Die hochbelastete Ostregion kann kein weiteres Großprojekt mit enormer Bodenversiegelung vertragen. Mensch und Natur müssen geschützt werden.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich bei dieser massiv gegen das Projekt „Breitspurbahnverlängerung mit Güterterminal im Raum Wien“ einzusetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem VERKEHRS-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.